

## Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens

Aus Anlaß des 13. Jahrestages der Gründung der DDR erhielt

Hans Ranke,  
Stellvertreter des Ministers der Justiz,

den Vaterländischen Verdienstorden in Silber als Zeichen der Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste im Kampf um ein demokratisches Deutschland.

Mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze wurden ausgezeichnet:

Annamarie Helmbrecht,  
beauftragt. Dozent am Institut für Staats- und Rechtstheorie der  
Humboldt-Universität Berlin,

Dr. Harald Heuer,  
Justitiar des Ministeriums für Handel und Versorgung,

Prof. em. Dr. Gertrud Schubart-Fikentscher,  
Juristische Fakultät der Martin-Luther-Universität  
Halle-Wittenberg

Deutschen Demokratischen Republik, könne es „schon räumlich keinen Ansatzpunkt geben, das Heimatrecht der Vertriebenen zu verwirklichen“, also die Aggressionspolitik Westdeutschlands zunächst auf polnisches und sowjetisches Staatsgebiet auszudehnen. Wie weit die Eroberungsabsichten der westdeutschen Revanchisten letztlich reichen, zeigte sich z. B. in der Äußerung des Vertreters Adenauers in der Führung der westdeutschen CDU, des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel, der die „Wiedererlangung der alten deutschen Herrschaftsgebiete“, d. h. die Wiederherstellung des gesamten faschistischen Aggressionsbereiches fordert.

Die ganze Aggressivität und Gefährlichkeit der westdeutschen Politik kommt darin zum Ausdruck, daß sie sich den vielfältigen Anregungen der Organisation der Vereinten Nationen, das Wettrüsten einzustellen, kernwaffenfreie Zonen zu schaffen und damit die weitere Ausbreitung von Kernwaffen zu verhindern, widersetzt. Gleichzeitig hat sie alle Angebote der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur schrittweisen, international kontrollierten Abrüstung in beiden deutschen Staaten abgelehnt.

Im Dienste aggressiver Ziele steht auch die in den letzten Wochen und Monaten systematisch vorangetriebene Verschärfung der vom Leben längst widerlegten Hallstein-Doktrin durch offizielle Vertreter Westdeutschlands. Am 20. August 1962 entwickelte der westdeutsche Außenminister Schröder zur Rechtfertigung der westdeutschen Aggressionspolitik die These, die Deutsche Demokratische Republik sei kein Staat; Gewaltakte gegen ihre Grenzen seien keine Grenzverletzungen im Sinne des Völkerrechts.

Eine solche These bedeutet offene Kriegspropaganda in Fortsetzung alter faschistischer Praktiken vor dem zweiten Weltkrieg. Zu jener Zeit erklärte die faschistische Propaganda ebenfalls alle Grenzen, auf deren Beseitigung sich jeweils das Machtinteresse der deutschen aggressiven Imperialisten konzentrierte, für widerrechtlich, für unnatürlich, für völkerrechtlich unbeachtlich.

Die offene Kriegspropaganda der Aggressionspolitiker war von dem Toben des faschistischen Mobs an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik zu Westberlin im August dieses Jahres, von wiederholten Mordanschlägen auf die Grenzsicherungsorgane und einer Kette von Sprengstoffattentaten auf die Grenzanlagen der DDR begleitet. Sie stellt die Erneuerung der faschistischen Angriffspolitik dar, die bekanntlich im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden keine Grenzen kannte, bis sie am Widerstand der Völker der Vereinten Nationen zum Segen der Welt und des deutschen Volkes schmählich zerbrach.

Der Schritt des Kuratoriums als Sprachrohr der westdeutschen Regierung verhöhnt das Verbot der Gewaltpolitik in Art. 2 Ziff. 4 der Charta der Vereinten Natio-

nen, das Verbot der Wiederaufnahme der Angriffspolitik der deutschen Militaristen in Art. 107 der Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze des Nürnberger Urteils vom 1. Oktober 1946 sowie die einschlägigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens.

Das Kuratorium, das nach seinem Aktionsprogramm vom November 1961 ausgesprochen revanchistische Ziele verfolgt, wagt es, von der Deutschen Demokratischen Republik die Gewährung illegalen Übertritts von und nach dem Land — insbesondere auch über Westberlin — zu verlangen, das der DDR die Existenz abspricht und ihre Grenzen systematisch angreift.

Das in der Eingabe des Kuratoriums zur Irreführung geheuchelte Mitgefühl mit den Opfern der westdeutschen Kriegspolitik und Kriegspropaganda an der Westberliner Grenze gleicht der zynischen Beileidsbekundung des Mörders gegenüber den Hinterbliebenen des Ermordeten. Im übrigen bedarf es wohl keines näheren Hinweises auf den interventionistischen und hochstaplerischen Charakter der Anmaßung des Kuratoriums, im Namen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik Erklärungen abzugeben. Auch diese Anmaßung ist ein offener Angriff auf so grundlegende Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen wie das Einmischungsverbot in Angelegenheiten anderer Staaten.

Erschreckt von der Möglichkeit einer Verständigung zwischen den Großmächten, enttäuscht über das immer deutlicher zutage tretende Scheitern ihrer Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Republik greifen die westdeutschen Kriegsabenteurer in Westberlin zur Plastikbombe, vor den Vereinten Nationen zur demagogisch maskierten Kriegshetze. Das Unmenschliche ist, daß an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik mit allen Mitteln eine Politik der unmittelbaren Aggression und Kriegsvorbereitung von seiten jener Kräfte betrieben wird, zu deren Abwehr sich die Völker der Anti-Hitler-Koalition vereinigten und die Organisation der Vereinten Nationen schufen.

Wir, die Unterzeichneten Vorsitzenden der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen und des Komitees zum Schutze der Menschenrechte in der Deutschen Demokratischen Republik, handeln nicht nur auf ausdrücklichen Auftrag unserer Vereinigungen, sondern — dessen sind wir gewiß — in Übereinstimmung mit dem Willen unserer gesamten Bevölkerung und den Lebensinteressen der gesamten deutschen Nation wie der anderen friedliebenden Völker, wenn wir unsere Stimme erheben gegen die Politik des Friedensbruches, der Kriegspropaganda und der Weltkriegsvorbereitungen in Westdeutschland und Westberlin. Wir unterstützen damit gleichzeitig die der Menschenrechtskommission und anderen Organisationen der Vereinten Nationen bereits früher übermittelten Dokumentationen über die Verletzung weiterer Menschenrechte in Westdeutschland und Westberlin. Störaktionen wie die des sogenannten Kuratoriums Unteilbares Deutschland gegen den erfolgreichen Verlauf der schwebenden Verhandlungen über eine deutsche Friedensregelung sind unvereinbar mit dem Interesse der Völker.

Das Interesse aller Völker an einem dauerhaften Frieden, das wahrzunehmen die Vereinten Nationen berufen sind, duldet nicht ein System der Grenzprovokationen im Herzen Europas, sondern verlangt stabile, konsolidierte Grenzen und friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Deutschland, in Europa wie in der ganzen Welt.

*Prof. Dr. P. A. Steiniger,*

Präsident der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen

*F.*

*Malter, Vorsitzende*

des Komitees zum Schutze der Menschenrechte